

um endlich mit dem Gerede aufzuhören und es irgendwann auch mal zu schaffen, den ÖPNV in Nordrhein-Westfalen attraktiver zu machen.

(Zuruf von der SPD: Das ist eine gute Nummer!)

Sie haben zugestimmt, dass wir mehr Geld in Radschnellwege investieren. Die Wahrheit ist doch: Egal ob 5 Millionen € mehr oder weniger, am Ende werden die Radschnellwege 400 Millionen € bis 500 Millionen € kosten. Deswegen bin ich sehr froh, dass der Bund schon beim ersten Dieselgipfel seine Mittel von 125 Millionen € auf 200 Millionen € aufgestockt hat. Dobrindt hat direkt angerufen und gesagt: Davon könnt ihr gerne etwas haben; ruft es ab!

Besonders toll fand ich, dass Sie uns ermuntert haben, mehr in Straßen zu investieren. Das nenne ich eine rasante Wende weg von Ihrer früheren Politik. Wenn wir hier aber in vorweihnachtlicher Stimmung sind, wenn Sie vom Saulus zum Paulus werden, dann will ich das nicht kritisieren, sondern ausdrücklich anerkennen. – Frohe Weihnachten! Vielen Dank.

(Beifall von der CDU, der FDP und der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Wüst. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Da wir alle gemeinsam vereinbart haben, zwischen 12:30 Uhr und 14 Uhr keine Abstimmung vorzunehmen, rufen wir die Abstimmung zum Einzelplan 09 im Anschluss, also nach 14 Uhr, auf.

Ich rufe auf:

Einzelplan 05 Ministerium für Schule und Bildung

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/1505

Die Aussprache ist eröffnet, und für die SPD-Fraktion tritt Herr Kollege Ott an das Pult.

Jochen Ott (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bildung, insbesondere in der Schule, steht vor besonderen Herausforderungen. Die Veränderungen in unserer Gesellschaft, die Spaltung unserer Gesellschaft machen neue Antworten nötig und zwingen uns dazu, über Strukturen grundsätzlich nachzudenken.

Die Inklusion ist Dauerthema, die Diskussion über die Beschulung von Geflüchteten ist eine große Herausforderung, und natürlich bedeutet die Veränderung durch die Digitalisierung auch eine grundlegende Betrachtung des Bildungssystem unter der

Frage: Wie sind unsere Schulen eigentlich aufgestellt, um diesen Herausforderungen zu begegnen?

Dabei besteht das große Problem, dass wir einen großen Mangel an Lehrern, aber auch an Sozialarbeitern und Sozialpädagogen haben. Insbesondere herrscht ein Mangel an männlichen Lehrkräften und Pädagogen. Hier müssen wir besondere Verantwortung übernehmen und uns mit der Frage auseinandersetzen, wie man damit umgeht.

Die rot-grüne Landesregierung hat in den vergangenen Jahren viele Milliarden Euro zusätzlich in den Bildungsetat gepackt: von 13,9 Milliarden € auf 17,3 Milliarden € – das war ein Plus von 24 %. Um nur eine Zahl zu nennen: Bei den Ganztagsplätzen gab es ein Plus von 36 %.

Aber das hat trotzdem nicht gereicht, weil die Veränderungen nicht nur durch Geld, sondern auch durch Strukturen abgebildet werden. Das müssen wir gemeinsam in den Blick nehmen.

Wir werden Sie – ebenso wie die Öffentlichkeit – in der nächsten Zeit sehr sorgfältig beobachten. Ihre Wahlkampfreden in diesem Jahr sind bis heute, bis in dieses Haus hinein immer unter derselben Marschrichtung erfolgt. Wichtig ist aber: Sie regieren jetzt – also regieren Sie auch! Sorgen Sie dafür, dass die notwendigen Mittel eingestellt werden! Mit Blick auf unser Plus von 24 % haben Sie noch Luft nach oben. Wir werden das in den nächsten Jahren genau beobachten.

Ich will deutlich sagen: Wir unterstützen Sie da, wo es vernünftig ist. Wir unterstützen zum Beispiel die Anpassung der Besoldung für die stellvertretenden Grundschulleiter. Das ist richtig. Wir unterstützen auch, dass Sie die Mittel für die Sozialarbeiter gesichert haben und dass Sie bei den Sozialpädagogen im Grundschulbereich drauflegen. Das alles ist richtig. Mit Blick auf die Schulsozialarbeiter meinen wir allerdings, dass die BuT-Mittel allein nicht die Lösung sein werden. Es ist auch gut, wenn es mehr Stellen gibt, wenngleich es 1.283 sind und nicht 2.048. Aber auch das können wir unterstützen.

Wenn wir diesen Haushalt ablehnen, liegt das vor allen Dingen daran, dass er zwei eklatante Mängel hat.

Der erste Mangel ist ganz klar, dass die von Ihnen noch im Wahlkampf versprochene Angleichung der Lehrerbeseoldung im Grundschulbereich und im Sek-I-Bereich nicht durchgeführt wird. In den großen Reden, die hier noch im September dieses Jahres geschwungen wurden, wurde darauf hingewiesen, wie wichtig die gleiche Besoldung nach A13Z ist – insbesondere vor dem Hintergrund, dass wir junge Leute motivieren müssen, den Lehrerberuf zu ergreifen.

Wenn es gerade im Grundschul- bzw. im Sek-I-Bereich zu wenige Lehrerinnen und Lehrern gibt, müs-

sen wir doch dafür sorgen, dass dort ein Anreiz gesetzt wird. Gleiche Besoldung – A13Z für alle – muss endlich in den Haushalt eingepflegt werden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich sage auch ganz klar: Wenn es möglich ist, fast 150 Stellen für B3- und B7-Beamte aufzustocken, ist nicht nachvollziehbar, warum man dann nicht auch ein Signal an die Lehrerinnen und Lehrer in diesem Land senden kann.

Ich sehe noch einen weiteren schwierigen Punkt. Das Problem des Lehrermangels an den Grundschulen kann nicht dadurch gelöst werden, dass man Sek-II-Lehrer für zwei Jahre an die Grundschule schickt. Gerade angesichts der Herausforderungen in der Grundschule ist das ein untaugliches Mittel. Es ist ja auch nicht in Anspruch genommen worden. Insofern muss man da verstärkt nach neuen Ideen suchen.

Wir halten die Thematik „offene Ganztagschule“ und den Ganzttag insgesamt für ein noch viel schwierigeres Problem. Noch im Wahlkampf hat die FDP immer darauf hingewiesen, dass man den Ganzttag nicht mehr über Erlasse regeln sollte, sondern dass man ihn im Schulgesetz aufnehmen muss. Jetzt wird ein Entwurf für den Ganzttag angekündigt, der unserer Meinung nach eher für ein Bällebad bei Ikea steht als für mehr Qualität.

Es kann nicht für einen qualitätsvollen Ganztags stehen, wenn jeder sein Kind dann aus der Schule herausnimmt, wann es das gerne hätte, so wie es bei Ikea der Fall ist, wo man die Kinder abgibt und dann wieder abholt. Das hatte Herr Lindner schon im Wahlkampf als beispielgebendes Modell beschrieben. Das Bällebad von Ikea ist jedenfalls kein Modell für einen qualitätsvollen Ganzttag; deshalb sind wir da sehr kritisch.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Es geht darum, ob wir wollen, dass Eltern ihre Kinder zum Ballettunterricht aus der Schule nehmen, oder ob der Ballettunterricht nicht auch für alle Kinder innerhalb der Schule stattfinden kann, nach dem Motto: I will dance – aber für alle. Das ist doch das Entscheidende! Es sollte nicht so sein, dass diejenigen, die es sich leisten können, ihre Kinder dann aus der Schule herausnehmen, wenn sie es gerne hätten.

Mit Blick auf den Weihnachtsfrieden möchte ich noch einen letzten Punkt ergänzen, nämlich die Frage der beruflichen Bildung. Sie haben in Ihren Reden zu Recht auf Probleme in diesem Bereich hingewiesen und in der Vergangenheit, als Sie in der Opposition waren, deutlich gemacht, dass Sie darauf ein verstärktes Ansinnen legen wollen.

Daran möchte ich anknüpfen. Es gibt keine Schulform, die so heterogen ist wie die Berufskollegs in unserem Land. Es gibt keine größere Herausforderung als die Frage: Wie gehen wir in Zukunft mit beruflicher Bildung um? Wie sichern wir das duale System, das in Deutschland so vorbildlich ist?

Ich lade Sie herzlich ein, bei der Bewältigung dieser Aufgabe im nächsten Jahr gemeinsam vorzugehen. Das dient nicht nur dem Wohle der Kinder und Jugendlichen in diesem Land, sondern auch der Qualitätssicherung der deutschen Ausbildung, die sich wirklich sehen lassen kann.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen ein frohes Weihnachtsfest.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Ott. – Die CDU-Fraktion wird nun von Herrn Rock vertreten.

Frank Rock (CDU): Herr Landtagspräsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Meine letzte Rede zum Thema „Schulsozialarbeit“ in diesem Hohen Haus habe ich mit den Worten beendet – ich zitiere –: Wer nach vorne sehen will, darf nicht nach hinten denken.

Wir wollen nach vorne sehen – unter diesen Leitsatz möchte die NRW-Koalition und somit auch die CDU-Fraktion die Beratungen zum Haushalt 2018, Einzelplan 05: Schule, stellen. Der Bildungs- und Schuletat 2018 ist der erste Etat der neuen Landesregierung, der den schwerfälligen Bildungstanker in eine neue, andere Richtung bewegen soll. In diesen Bildungstanker fließen im Jahr 2018 zum ersten Mal über 18 Milliarden €; das ist fast ein Viertel des gesamten Landeshaushalts. 18 Milliarden € für die Bildung unserer Kinder, also ein Plus von gut 230 Millionen € – das ist auch gut so.

Ziel wird es sein, den Tanker in den nächsten zehn Jahren wieder in die richtige Richtung zu lenken. Das wird aufgrund der schlechten Ausgangslage und aufgrund der Versäumnisse und Fehlentwicklungen der letzten Jahre schwierig genug. Es wird um eine zentrale Ausrichtung der NRW-Bildungspolitik und die damit verbundenen Ziele gehen.

Unser Ziel ist es, Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen. Hierzu müssen wir investieren, modernisieren und konsolidieren. Wir investieren, um die schulische Zukunft zu gestalten. Wir modernisieren Schulen, um diese für die Herausforderungen fit zu machen. Wir konsolidieren Schulen, weil wir dort hinschauen müssen, wo Entwicklungen und politische Entscheidungen in den letzten Jahren nicht hilfreich waren.

Die NRW-Koalition hält an der schulischen Inklusion fest, sagt aber auch sehr deutlich, dass die Gießkannen-Inklusion von Rot-Grün krachend gescheitert ist. Mit dem Beschluss eines Förderschulmatoriums und dem damit verbundenen ersten Stopp der Schließungen von Förderschulen haben wir die Grundlage für die gedeihliche Entwicklung der Inklusion geschaffen. Wir möchten die inklusiven Schulen stärken und ihnen dauerhaft eine ausreichende personelle Ausstattung ermöglichen.

Dies wird aufgrund des Lehrermangels über Jahre hinweg leider schwierig, aber nicht unmöglich sein. Aus diesem Grund müssen wir die Kompetenzen an einzelnen Schulen bündeln, um vor allem den Schülerinnen und Schülern gerecht zu werden. Hierbei möchten wir Fehlentwicklungen entgegenwirken; hier also konsolidieren wir.

Das heißt auch, dass es über einige Jahre noch Schulen geben wird, die noch nicht die personellen und räumlichen Voraussetzungen erfüllen, um erfolgreiches Lernen möglich zu machen. Das gehört zur Wahrheit dazu.

Wir möchten mit weiteren 400 Lehrerstellen und 330 Stellen für tariflich Angestellte die Schulen im Sekundarschulbereich durch sogenannte multiprofessionelle Teams unterstützen, um die jahrelangen Hilferufe der Schulen zumindest im Ansatz zu befriedigen. Außerdem werden zur Stärkung der Schuleingangsphase in den Grundschulen 600 Stellen für Klassenassistenten geschaffen – helfende Hände, die die Kolleginnen und Kollegen vor allem in den sehr heterogenen Eingangsklassen unterstützen sollen.

Liebe Frau Ministerin, das halte ich für einen guten und richtigen Schritt; denn wir schaffen nicht nur Stellen, sondern versuchen, diese auch zu besetzen. Das unterscheidet Sie sehr von Ihrer Vorgängerin – hier investieren wir.

Auch die Entscheidung, die Initiative einer breit angelegten Imagekampagne für den Lehrerberuf mit gut 2 Millionen € im Haushalt zu finanzieren, ist richtig und eine wichtige Investition. Wir begrüßen diese Maßnahme und halten zudem den ersten Schritt zum Ausbau der Studienplätze für Sonderpädagogik für dringend notwendig. Außerdem wird die aktuelle Diskussion um die Rechtsfragen im Zusammenhang mit der Vergabe von NC-Fächern hoffentlich auch beim Lehramtsstudium eine neue Ausrichtung ermöglichen.

Die Modernisierung unserer Zentren für Lehrerbildung, die die Grundlage unserer schulpraktischen Lehrerbildung darstellen, ist unumgänglich und überfällig. Ich möchte aus diesem Grund der Regierung ausdrücklich dafür danken, dass sie hier für eine moderne digitale Ausstattung sorgt, um damit den Grundstein für mehr digitales Lernen an unseren Schulen zu legen. Hier modernisieren wir.

Nicht unerwähnt bleiben sollen auch die weiteren 250 Lehrerstellen, mit denen die duale Ausbildung in unseren Berufskollegs gestärkt werden soll. Ja, wir legen Wert darauf, dass die duale Ausbildung in Zukunft eine größere und stärkere Berücksichtigung findet. Auch hier unterscheiden wir uns in großen Teilen von der Vorgängerregierung.

Exemplarisch für die vielen anderen sinnvollen Veränderungen im Schulhaushalt möchte ich als letzten Punkt noch den Ausbau und die Investitionen im Bereich der Ganztagsschulentwicklung im offenen Ganztag als wichtige Modernisierung unserer Schulen anführen. Eine Evaluation des Gesamtkonzepts mit der Zielrichtung, die Qualität im offenen Ganztag zu stärken, und gleichzeitig eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf, aber auch einen Bildungsanspruch zu erreichen, ist das Ziel der NRW-Koalition.

Im Haushalt 2018 sehen wir hierfür 8.000 weitere Plätze vor und möchten mit der zusätzlichen Erhöhung des Zuschusses um 3 % eine weitere Verbesserung ermöglichen. Hier werden wir in engem Dialog mit allen Beteiligten um den richtigen Weg ringen.

Zum Schluss möchte ich der Ministerin und dem Schulministerium danken, dass sie den schweren Bildungstanker auf den neuen, richtigen Weg gebracht haben. Der Tanker ist zwar kein Segelschiff; ich möchte dennoch folgendes Wikingerzitat anführen:

„Über den Wind können wir nicht bestimmen, aber wir können die Segel richten.“

Die Segel hat die NRW-Koalition in die richtige Richtung gehisst. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP – Jochen Ott [SPD]: Ganz kleine Segel!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Rock. – Nun spricht für die grüne Fraktion Frau Kollegin Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Enkel kommen zu Weihnachten nach Hause, und ich werde ihnen vielleicht auch von Wiki dem Wikinger erzählen. Da geht die Geschichte aber ein wenig anders. Ich weiß auch nicht, ob Ihr Zitat wirklich ein Wikingerzitat war, aber auf jeden Fall sind mir die Segel noch zu klein, Herr Rock, mit denen die Koalition unterwegs ist.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Man muss über einen längeren Zeitraum denken – der Kollege Ott hat vorhin darauf hingewiesen. Da gab es den Aufwuchs von über 4 Milliarden € in sie-

ben Jahren. Wenn jetzt die 229 Millionen € hinzukommen, begrüßen wir das absolut, Frau Ministerin – ich habe ja gesagt, wir machen eine konstruktive Oppositionspolitik –; das tragen wir mit, das ist keine Frage. Ich denke aber, dass man noch eine Schippe drauflegen muss, damit man weiter in Bildung investieren kann.

Neben dem Aufwuchs, den Sie uns vorgelegt haben, wollen wir uns doch mal anschauen, welche weiteren Verschiebungen im Schulsystem noch angelegt werden. Dabei werden mehrere unterschiedliche Dinge nebeneinander auf den Weg gebracht.

Wir unterstützen natürlich, dass die Konrektoren jetzt nachbezogen werden; wir unterstützen den Stellenaufwuchs insgesamt.

Leider haben Sie aber noch nicht den ersten Schritt zur Besoldung in Richtung A13 getan. Herr Löttgen hat in der Podiumsdiskussion beim VBE zugesichert, dass dies passieren soll. Ich warte daher auf die erste Festlegung im Haushalt 2019. Wir werden dann schauen, ob das wirklich umgesetzt wird. Allerdings hätte man bereits jetzt den ersten Schritt dafür gehen müssen.

Ich möchte gleich noch etwas zum Bereich OGS sagen – Herr Rock hat darauf hingewiesen, welche Notwendigkeiten dort bestehen –, komme aber erst noch einmal auf die Verschiebungen im Schulsystem zu sprechen.

Inklusion im umfassenden Sinn bezieht nicht nur das Zusammenleben mit Menschen mit Behinderungen ein – ich denke, da sind wir uns einig –, sondern Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit, in ihrer Verschiedenheit insgesamt – egal ob sich das über eine Behinderung ausdrückt oder über Herkunft, Zuwanderung oder soziale Lage. Inklusion ist eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft, keine Aufgabe für einzelne Schulformen. Ich finde es deswegen bedenklich, dass sich die Gymnasien aus der zieldifferenten Inklusion verabschieden sollen. Das kann nicht sein.

Entscheidend ist auch, wie die Beschulung von Kindern mit Zuwanderungsgeschichte gesteuert wird. Die Gymnasien sollten sich von dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe ebenfalls nicht einfach verabschieden dürfen. Darauf werden wir sehr genau achten.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Es ist in der Tat richtig, wenn kritisch darauf geschaut wird, wie der Ressourceneinsatz in der Inklusion gut gelingen kann. Allerdings muss dann aber auch darüber gesprochen werden, warum schon jetzt Verfügungen durch die Bezirksregierungen ausgebracht werden, wonach vor allem integrierte Schulformen angewiesen werden, mehr Kinder in die Lerngruppen aufzunehmen, obwohl die Ministerin uns im Aus-

schuss erklärt hat, dass dazu erst im Januar Konferenzen stattfinden sollten. Ich finde, hier stimmt die Schrittigkeit nicht überein.

Die Schulen wissen auch nicht, welche konkrete Unterstützung sie zu erwarten haben. Wie ist das mit der Definition der Lerngruppen im gemeinsamen Lernen? – All das liegt noch im Nebel. Das ist nicht gut, und wir werden sehr darauf achten, dass die Herausforderungen im Schulsystem breit angelegt werden.

Aber jetzt noch zum Thema „OGS“. Frau Ministerin, Sie haben Flexibilisierung angekündigt. Ich bin dabei, wenn es beim Herausnehmen des Kindes um den 90. Geburtstag der Oma oder um das Anpassen der Zahnsperre beim Kieferorthopäden geht; das ist die eine Sache. Aber wir müssen wirklich aufpassen, dass wir dieses Kunden-, Dienstleistungs- und Serviceverständnis und diese Mentalität nicht befördern.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das haben wir leider schon zur Genüge durch das Buchungssystem in der Kita: Ich buche 25 Stunden für mein Kind. – Ich möchte nicht, dass Eltern sagen können: Ich buche für mein Kind einen Tag oder zwei. – Das dürfen wir den Schulen nicht antun.

Es geht um eine gemeinsame Bildungsverantwortung, um die Bildungspartnerschaft von Elternhaus und Schule. Wie soll in einem Flickenteppich-OGS eigentlich noch die über den Tag verteilte Rhythmisierung stattfinden? Das ist doch mit all den Lerngruppen gar nicht mehr möglich.

Wie soll denn der soziale Zusammenhalt in der Ganztagschule gestärkt werden, wenn man je nach Wochenlage sagen kann – das habe ich in einem WDR-Interview gehört –: „Heute bin ich im Homeoffice; da möchte ich mein Kind gerne aus der Schule holen können“? Wir müssen uns sehr intensiv darüber verständigen, ob das eine gute Beziehung zur Schule und zur Ganztagschule sein kann.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Sie haben angekündigt, dass Sie Standards setzen wollen. Wir sind der Meinung: Damit sollten wir jetzt auch anfangen; es ist noch Luft nach oben. Statt der Dynamisierung sollten wir lieber in einem ersten Schritt pro OGS-Gruppe eine halbe Erzieherinnenstelle zur Verfügung stellen. Dann sollten wir ein Programm auflegen, um Berufseinstiegerinnen und Berufsrückkehrerinnen zu qualifizieren, damit die Beschäftigungsverhältnisse in der OGS qualitativ weiterentwickelt werden.

Das halte ich für besser, als den Satz in der Dynamisierung zu erhöhen. So können wir die Qualität weit übers Land sichern; denn die Kommunen haben eine unterschiedliche finanzielle Ausstattung; das wissen wir. Manches Mal kommt diese Dynamisierung gar nicht in der OGS-Gruppe und beim einzelnen Kind an.

Deswegen werden wir dazu einen Antrag vorlegen. Die gut 100 Millionen € wären gut angelegt. Wir müssen in der OGS jetzt handeln, und nicht erst in den kommenden Jahren.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Beer. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Frau Kollegin Müller-Rech.

Franziska Müller-Rech (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit dem Haushalt 2018 legt die neue Landesregierung den Grundstein für eine Trendwende in Nordrhein-Westfalen. Diese Trendwende ist nach den Fehlern der vergangenen Jahre, insbesondere im Bildungsbereich, überfällig. Deswegen freue ich mich besonders, dass allein im Einzelplan 05, also für Schule und Bildung, 18 Milliarden € – das sind rund 229 Millionen € mehr als im vergangenen Jahr – zur Verfügung stehen.

Ich möchte heute drei Punkte exemplarisch hervorheben:

Erstens. Wir sehen mit großer Sorge die aktuelle Situation an den Schulen des gemeinsamen Lernens. Damit Inklusion an den NRW-Schulen nicht mehr als Belastung empfunden und endlich verdienstermaßen zum Erfolgsmodell wird, wollen wir die Lehrerinnen und Lehrer vor Ort stärker entlasten.

Ein erster wichtiger Schritt ist die Einrichtung von 330 zusätzlichen Tarifstellen für multiprofessionelle Teams. Wir haben vor Kurzem hier im Plenum einstimmig über die Bedeutung der Schulsozialarbeit diskutiert. Die Schulsozialarbeiter sind ein Beispiel für die wichtige multiprofessionelle Unterstützung an unseren Schulen. Diese zusätzlichen Stellen sollen vor allen Dingen inklusiven Schulen der Sekundarstufe I zugutekommen; das orientiert sich am Sozialindex.

Zudem sind zusätzliche 400 Stellen für allgemeine Lehrkräfte eingeplant, um die Differenzierungsangebote in den Schulen des Gemeinsamen Lernens zu verbessern.

Zweitens. Ein weiterer sehr wichtiger Punkt ist die Erhöhung der Mittel für den Arbeits- und Gesundheitsschutz. Auf dem VBE-Tag der Lehrergesundheit sagte der damalige Vorsitzende des VBE NRW Udo Beckmann – Zitat –:

„Die Arbeit als Lehrer hat für viele ein Suchtpotenzial und birgt gerade deshalb die Gefahr der Selbstausbeutung. (...) Damit Lehrkräfte nicht ausbrennen, wollen wir sie auf dem Gesundheitstag mit Strategien und Ideen unterstützen, achtsam mit sich selbst zu sein. (...) Verantwortlich ist dafür eigentlich die Landesregierung. Von dieser

Seite muss mehr für die Gesundheit der Lehrkräfte getan werden.“

(Beifall von der FDP und der CDU)

Herr Beckmann hat so was von recht! Die Gesundheit der Lehrerinnen und Lehrer muss spürbar mehr in den Fokus rücken. Deswegen gehen wir auch hier den ersten Schritt und erhöhen die Mittel dafür um 5,6 Millionen €.

(Beifall von der FDP)

Das ist für uns auch ein wichtiges Zeichen der Wertschätzung und Anerkennung gegenüber den Lehrerinnen und Lehrern und der tagtäglich von ihnen geleisteten Arbeit. Uns ist es wichtig, dass unsere Lehrerinnen und Lehrer gesund bleiben oder wieder gesund werden. Darin wollen wir investieren.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Drittens. Das ist für heute mein letztes Schlaglicht: die Streichung der kw-Vermerke für 3.299 Planstellen. Wir sorgen dafür, dass sie erhalten bleiben: 900 Stellen im Bereich der Sprachförderung, 1.648 Stellen im Grundbedarf und 751 Stellen für neue oder zusätzliche Bedarfe, die sonst durch den kw-Vermerk zum 1. August 2018 weggefallen wären.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die neue Landesregierung hat sich hohe Ziele gesetzt. Wir werden diese Ziele in den kommenden Jahren erfüllen. Dieser Haushaltsplan mit Investitionen in unsere Schulen und weltbeste Bildung, gleichzeitig ohne neue Schulden, zeigt deutlich: Wir gehen heute den ersten Schritt in die richtige Richtung. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Müller-Rech. – Für die AfD spricht Herr Seifen.

Helmut Seifen (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Beer, sehr geehrter Herr Ott, ich kann die Kritik, die Sie hier vorbringen, nicht teilen, weil der Einzelplan 05 Abstand nimmt von vielen Fehlentwicklungen, die wir in den letzten Jahren beobachten konnten.

Allerdings, Herr Rock und Frau Müller-Rech, bei allem Respekt und bei aller Wertschätzung Ihnen gegenüber muss ich sagen: Was Sie hier vorbringen, ist ein Ausdruck dessen, dass die Dinge, die Sie vorlegen, eigentlich nur halbherzig umgesetzt werden und auch ein Zeichen von Mutlosigkeit sind.

Letztlich nehmen Sie völlig zu Recht Abstand von dem, was die Vor-Vorgängerregierung unter Herrn Rüttgers bereits eingeleitet hatte. Bereits 2005 be-

gann der zunächst langsame, dann aber doch deutlich sich beschleunigende Abstieg NRWs im Bildungsranking.

Schwarz-Gelb – daran muss man sich auch einmal erinnern; ich weiß, Sie schauen nicht gern zurück; das ist mir schon klar – hat unter dem vormaligen Zukunftsminister und späteren Ministerpräsidenten Rüttgers das bildungspolitische Handeln nach den gewinnorientierten Vorstellungen mächtiger Wirtschaftsunternehmen ausgerichtet und konnte nicht schnell genug alte Strukturen zerschlagen. G8 ist dabei nur eine augenfällige Maßnahme. Es geht auch noch um andere Maßnahmen wie die Beseitigung der Vorschulklassen und vieles andere mehr. Nicht zu vergessen ist die Inklusion, die Sie bereits im Jahr 2009 auf den Weg gebracht haben – und nicht etwa Rot-Grün.

Das Ganze hat sich dann im Schulkonsens getroffen, bei dem Sie sich im Grunde genommen nur vor den Forderungen weggeduckt haben, die von Rot-Grün immer schon vorgebracht worden waren.

Das Ergebnis dieses Zerstörungswerks ab 2005 ist nun im Bildungsmonitor und in der IGLU-Studie, die erst kürzlich wieder NRW einen Abstiegsplatz zuwies, zu besichtigen. Eine traurige Entwicklung!

Nichtsdestotrotz will ich nicht groß nachkarten. Ich bin froh, dass die schwarz-gelbe Regierung das jetzt erkannt hat und – anders, als viele Politiker das tun – eingesehen hat, dass es da schwere Fehlentwicklungen gegeben hat.

Sie führen die Inklusion wenigstens zum Teil zurück, und zwar nicht aus Menschenfeindlichkeit, wie das einige in diesem Haus sehen, sondern aus Menschenfreundlichkeit. Das ist zu begrüßen. Sie ordnen das zieldifferente Unterrichten einigen Schwerpunkt-schulen zu.

Aber auch das ist letztlich nur halbherzig und mutlos. Nehmen Sie zur Kenntnis, dass nur die Stärkung der Förderschulen in unserem Tableau der verschiedenen Schulformen und die begabungsgerechte Beschulung der Kinder in der für das jeweilige Kind maßgeschneiderten Schulform gleichermaßen human und effizient sind.

Damit würden Sie zugleich ein weiteres Problem lösen: den Lehrermangel. Denn der Lehrermangel ist durch das mittelmäßige Image, das der Schulalltag mit sich bringt, mitverursacht.

Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Von der Wirksamkeit der 2 Millionen €, die Sie für eine entsprechende Imagekampagne einsetzen, bin ich nicht überzeugt. Die Menschen, die dafür infrage kommen, den Lehrerberuf zu ergreifen, merken sehr deutlich, ob das alles nur Luftblasen sind, was man ihnen verspricht, und ob der Schulalltag nicht doch eine Überforde-

rung des Einzelnen bedeutet – eine nervliche Überforderung, eine intellektuelle Überforderung und eine Überforderung in Bezug auf das Unterrichten selbst.

Ich würde mir wünschen, dass die 2 Millionen € anderweitig verwendet würden, nämlich zur Stärkung der vorhandenen Schulstrukturen.

Ein ganz großes Festhalten an alten Zöpfen – als einen Skandal will ich es nicht bezeichnen – sind die 13 Millionen €, die Sie für QUA-LiS einsetzen. Wenn QUA-LiS, das es ab 2004 gab – ich habe damals als Schulleiter das Pilotprojekt begleitet, in dem der erste Versuch durchgeführt worden ist –, so wertvoll wäre, hätten wir jetzt doch ein Schulsystem und Schulen, die glänzend dastünden.

Aber QUA-LiS – lassen Sie mich das bitte aus zweimaliger eigener Erfahrung und aufgrund der Kommunikation mit anderen Kollegen sagen – bringt nichts. Das liegt gar nicht an den Kollegen, die es durchführen; damit beschimpfte ich sie jetzt gar nicht. Vielmehr liegt das am System, das wir hier nicht weiter erläutern können, aber gern im Ausschuss noch einmal zur Sprache bringen können.

Streichen Sie die 13 Millionen €! Wir haben zunächst einmal gesagt, man solle 6 Millionen € streichen, damit es auslaufen kann. Aber QUA-LiS muss weg. Es müssen andere Möglichkeiten und Instrumente entwickelt werden, die die Qualität von Schulen erfordern.

Insofern können wir dem Einzelplan 05 zwar nicht zustimmen, sind aber sehr optimistisch, dass in den nächsten Jahren auch mit unserer Hilfe die CDU und die FDP auf den richtigen bildungspolitischen Weg gebracht werden und wir dann gemeinsam ein gutes Schulprogramm auflegen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Seifen. – Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Gebauer das Wort. Bitte schön.

Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Beer, lieber Herr Ott, Sie können ja froh sein, dass ich in dieser Woche die Pressekonferenz zur Flexibilisierung der offenen Ganztags-schule gegeben habe. Denn sonst hätten Sie ja heute gar keine Kritikpunkte vortragen können.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Liebe Frau Beer, Sie sagen, jetzt müsse in der OGS gehandelt werden und nicht erst in den kommenden Jahren. Ich weiß nicht, wie die Träger dieses Zitat aufnehmen werden, die in den vergangenen sieben Jahren, in denen Sie an der Regierung waren, auch

immer vor der Tür gestanden und um Verbesserungen gebettelt haben. Insofern wäre ich da etwas vorsichtiger.

Wir haben uns der Sache nach einem halben Jahr direkt angenommen. Wir haben gesagt, dass wir es schrittweise angehen. Das werden wir auch tun. Die Flexibilisierung ist der erste Schritt, den wir gemeinsam mit den Trägern gehen wollen.

Meine Damen und Herren, mit dem Haushaltsplan 2018 legen wir den Grundstein, um Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen.

Wir verbessern die Rahmenbedingungen für die Inklusion, wir kümmern uns um den Ganztag – nicht nur um den offenen Ganztag, sondern um den Ganztag an sich –, und wir treiben die Digitalisierung voran.

Wir stärken die Grundschulen und geben den Berufskollegs die Aufmerksamkeit, die diese Schulform verdient hat.

Mehr als 3.000 kw-Vermerke haben wir gestrichen. Mehr als 1.200 zusätzliche Stellen haben wir geschaffen. Wir nutzen Spielräume für wichtige bildungspolitische Weichenstellungen.

Ich bin davon überzeugt, dass Inklusion nicht nur sonderpädagogische Expertise braucht, sondern dass gerade das Zusammenspiel verschiedener Professionen die dringend notwendigen Qualitätsverbesserungen ermöglicht.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Für die Inklusion geben wir daher 330 zusätzliche Stellen für multiprofessionelle Teams in die allgemeinen Schulen. Außerdem werden 400 zusätzliche Stellen für allgemeine Lehrkräfte bereitgestellt, um Differenzierungsangebote zu unterstützen.

Wir stärken die Grundschulen mit 600 zusätzlichen Stellen für die flexible Schuleingangsphase zur besseren individuellen Förderung von Beginn an.

Die bereits erwähnten Berufskollegs werden nicht länger vernachlässigt und erhalten 250 Stellen.

Wir gehen neue Wege und bauen das Ferienintensivtraining für neu zugewanderte junge Menschen, für Kinder und Jugendliche, mit 2,15 Millionen € aus.

Meine Damen und Herren, eigentlich wollte ich auf das Thema „gerechte Besoldung“ heute nicht eingehen. Ich werde das aber doch tun, weil Sie es hier angesprochen haben, Frau Beer und Herr Ott. Ich kann es Ihnen heute wieder nicht ersparen, zu sagen: Sie von Rot-Grün haben es sieben Jahre lang versäumt, die Ungerechtigkeiten im Besoldungsgefüge bei den Lehrerinnen und Lehrern zu beseitigen. Das wäre in den vergangenen Jahren Ihre Aufgabe gewesen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie haben sieben Jahre lang die Reform der Lehrerbildung ignoriert und sich geweigert, die besoldungsrechtlichen Konsequenzen zu ziehen, die zu ziehen waren.

Die Anhebung der Besoldung der Konrektorinnen und Konrektoren an Grund- und Hauptschulen, die Sie lobend erwähnt haben,

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

habe ich in der vergangenen Legislaturperiode permanent eingefordert. Dafür habe ich mich jetzt als Schulministerin eingesetzt. Wir haben sie in diesen Haushalt eingestellt. Ich kann nur sagen: Versprochen und gehalten!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zu guter Letzt: Dieser Schulhaushalt unterstreicht nachdrücklich, dass Bildung für diese Koalition zentraler Schwerpunkt ist und wir in unsere Kinder und deren Köpfe investieren. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Auf der Redeliste steht für die FDP Frau Kollegin Hannen.

Martina Hannen (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist meine erste Rede in diesem Hohen Hause – und dann gleich zum Haushalt. Aber über diesen Haushalt rede ich sehr gern.

Der vorliegende Haushalt enthält viele richtige, wichtige und dringend notwendige Kurskorrekturen. Gerade die Berufskollegs wurden in den sieben Jahren unter Rot-Grün sträflich vernachlässigt und erkennbar außer Acht gelassen. Dabei besucht ein großer Teil der Schülerinnen und Schüler im Laufe seiner Schullaufbahn ein Berufskolleg. Entgegen unseren Vorgängern weiß die NRW-Koalition den Wert der Berufskollegs und die Leistungen der Lehrerinnen und Lehrer wertzuschätzen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Diese Wertschätzung schlägt sich auch deutlich im Landeshaushalt für 2018 nieder. Anstatt 500 Stellen willkürlich dort zu kürzen, wo sie dringend benötigt werden, schaffen wir durch die Rückabwicklung der sogenannten Präventionsrendite in einem ersten Schritt 250 neue Stellen für die Berufskollegs, die dort dringend benötigt werden. Darüber hinaus können wir weitere 200 Stellen durch eine endlich vernünftige Ausfinanzierung und Weiterentwicklung des Programms „Fit für mehr!“ bereitstellen.

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

Auch die zusätzlichen 20 Millionen € für die Inklusionspauschale kommen über den Verteilungsschlüssel den Berufskollegs zugute. Das Geld ist hier sehr gut angelegt. Denn es fließt nicht nur in den schulischen Teil der beruflichen Ausbildung. Die Leistungen der Berufskollegs im Rahmen der internationalen Klassen, in den Berufsvorbereitungen und in den vielen anderen Bildungsgängen benötigen und verdienen diese unter anderem auch monetäre Anerkennung.

(Beifall von der FDP)

Im ersten Haushalt der NRW-Koalition wird deutlich, dass die Schattenjahre der Berufskollegs beendet sind, dass wir um die Wichtigkeit dieser Schulform in unserem Land wissen und dass wir ihr den Platz geben, der ihr gebührt.

In den kommenden Jahren werden wir die Versäumnisse von Rot-Grün schrittweise aufarbeiten und neue Impulse für unsere Berufskollegs setzen. Der Haushalt 2018 ist ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, liebe Kollegin, und herzlichen Glückwunsch zur Jungfernrede! – Meine Damen und Herren, damit haben wir das Ende der Rednerliste erreicht. Wir sind also am Schluss der Aussprache. Da es nach 14 Uhr ist, können wir auch zur Abstimmung kommen.

Ich lasse zunächst über den Einzelplan 05 abstimmen. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/1505, den Einzelplan 05 unverändert anzunehmen. Wir kommen damit zur Abstimmung über den Einzelplan 05 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung.

Wer ihm so zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CDU und die FDP. Wer ist dagegen? – Das sind die SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die AfD und die fraktionslosen Kollegen. Damit ist der **Einzelplan 05** gleichwohl **in zweiter Lesung** mit der Mehrheit von CDU und FDP **angenommen**.

Nun holen wir die Abstimmung zum Einzelplan 07 – er betrifft das Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration – nach.

Ich lasse erstens über den **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 17/1549** abstimmen. Wer diesem Antrag der SPD zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die SPD. Wer ist dagegen? – Die CDU, die FDP und die fraktionslosen Kollegen. Wer enthält sich? – Die Grünen und die AfD. Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Ich lasse zweitens über den Einzelplan 07 abstimmen. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/1507, den Einzelplan 07 unverändert anzunehmen. Wir kommen damit zur Abstimmung über den Einzelplan 07 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung.

Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CDU und die FDP. Wer ist dagegen? – Die SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die AfD und die fraktionslosen Kollegen. Damit ist der **Einzelplan 07** gleichwohl **in zweiter Lesung** mit den Stimmen von CDU und FDP **angenommen**.

Dann hole ich die Abstimmung zum Einzelplan 09 – er betrifft das Ministerium für Verkehr – nach.

Ich lasse erstens über den **Änderungsantrag** der Fraktion der AfD **Drucksache 17/1546** abstimmen. Wer stimmt diesem Änderungsantrag der AfD zu? – Das sind die Kolleginnen und Kollegen der AfD. Wer ist dagegen? – Das sind die SPD, die Grünen, die CDU und die FDP. Wer enthält sich? – Das sind die drei fraktionslosen Kollegen. Damit ist der Änderungsantrag mit den entsprechenden Stimmen **abgelehnt**.

Ich darf zweitens über den **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 17/1550** abstimmen lassen. Wer diesem Änderungsantrag folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die SPD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, FDP, AfD und die fraktionslosen Kollegen. Wer enthält sich? – Das sind die Grünen. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Ich lasse drittens über den Einzelplan 09 abstimmen. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/1509, den Einzelplan 09 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wir kommen damit zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung.

Wer dem so folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU und FDP. Wer ist dagegen? – Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen, AfD und die fraktionslosen Kollegen. Damit ist der **Einzelplan 09 in zweiter Lesung in der Fassung der Beschlussempfehlung angenommen**.

Damit haben wir die nachzuholenden Abstimmungen durchgeführt.

Ich rufe nun auf:

Einzelplan 11 **Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales**

- a) Arbeit**
- b) Soziales**
- c) Gesundheit**